

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 889.

Sonntag, 19. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Abonnements - Einladung.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt (1 Tblr. 15 Sgr.) 4 1/2 Mrl., auswärtige aber (1 Tblr. 24 Sgr. 6 Pf.) 5 Mrl. 45 Pf. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich dreimal erscheinende Zeitung durch alle Postämter des Deutschen Reiches zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9.	M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.	J. R. Zeitgeber, Gr. Gerberstraße Nr. 16.	M. E. Hoffmann, Alten Markt u. Neumstr.-Ecke.
A. Classen vormalig E. Malade, Friedrichs- und Lindenstr.-Ecke 19.	Victor Giernat, Wilhelmstraße Nr. 6.	G. Michaelis, Kl. Gerberstr. Nr. 11.	H. Fischer, Friedrichstr. 36/37 vis à vis der Post.
M. Gräber, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke.	Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.	G. Verne, Wallischei Nr. 93.	Wittwe C. Brecht, Bronerstr. Nr. 13.
S. Knaster, Ecke der Schützenstraße.	Adolph Käß, Gr. Ritterstr. Nr. 10.	Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.	Edwald Schäpe, St. Martin Nr. 23.
Kaufmann Groß, St. Adalbert.	F. Wittschien, Dreieckstr. Nr. 14.	F. W. Blagwitz, Schützenstr. 23.	Ed. Federer jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke 18b.
Frenzel & Comp., Markt Nr. 56.	Edvard Stiller, Saviaplatz Nr. 6.	Amalie Wittke Wasserstr. 89.	Kodrzyński, Wallischei 86.
Hugo Tilsner, Friedrichs- und Wilhelmstr.-Ecke.	G. Hummel, Breslauerstraße.	David Kantorowicz, Schrodla.	Ad. Gummior, Mühlen- u. St. Martinstr.-Ecke.
Pränumerationen auf unsere Zeitung pro I. Quartal 1875 annehmen, und wie wir, die Zeitung Morgens 7 Uhr, Vormittag 11 1/2 Uhr, am Nachmittage um 6 Uhr ausgeben.	Kaufmann Emil Brumme, Wasserstraße.		

Posen, im Dezember 1874.

## Die Expedition der Posener Zeitung, Wilhelmstraße 16.

Das auswärtige Publikum erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß nach einer Bestimmung des General-Post-Amtes die Erneuerung des Abonnements schon 2 Tage vor dem Beginn des neuen Quartals geschehen muß, um eine vollständige Lieferung aller Nummern sicher zu stellen. Bei verspäteter Bestellung werden die bereits erschienenen Nummern von der Post nur bei ausdrücklichem Verlangen und gegen besondere Portovergütung nachgeliefert.

### Kullmann und „seine Partei“.

Der bereits telegraphisch signalisierte Artikel des „Staatsanzeigers“ lautet wie folgt:

In der Sitzung des Reichstags vom 4. d. M. hatte der Abgeordnete Börs das künftige Attentat zur Sprache gebracht. Bei dieser Gelegenheit erwähnte der Reichskanzler Fürst von Bismarck eines Theils seiner Unterredung mit Kullmann. Die betreffende Stelle im stenographischen Bericht lautet:

Der Mann hat bei der einzigen Unterredung, welche ich mit ihm gehabt habe, wo ich ihn fragte: Wenn Sie mich nicht gekannt haben, warum haben Sie mich denn umbringen wollen? — darauf hat er mir geantwortet: Wegen der Kirchengesetze in Deutschland. — Und dann hat er noch gesagt: Sie haben meine Fraktion beleidigt!

Ich sagte: Welches ist denn Ihre Fraktion? Darauf hat er mir vor Zeugen geantwortet: Die Zentrumsfraktion im Reichstage.

Die ultramontane Presse erlaubt sich nun, die Richtigkeit der hier gemachten Angaben in Zweifel zu ziehen; sie beruft sich darauf, daß der bayerische Landrichter Debon, der angeblich einzige Zeuge bei dieser Unterredung des Reichskanzlers mit Kullmann, vor dem würzburgischen Gericht über dieselbe zeugeneidlich vernommen worden, daß aber in seiner Aussage sich kein Wort von dem finde, dessen der Reichskanzler in der Rede vom 4. gedacht hat.

Die Verlogenheit der Angriffe, welche die ultramontane Partei gegen den Reichskanzler richtet, läßt sich auch in dem vorliegenden Fall nachweisen.

Am 13. Juli d. J., gegen 3 Uhr Nachmittags, begab sich der Reichskanzler nach dem künftigen Bezirksamt, d. h. dem Gebäude der Polizeiverwaltung, um den Mörder zu sehen, der dort detiniert wurde. Der Raum, in welchem er Kullmann fand, hatte nicht das Aussehen eines Gerichtssaals. Es befanden sich darin etwa 10—15 Personen, davon einige an ihrer Uniform als Polizeibeamte zu erkennen; das unter denselben auch der Landrichter Debon sei, kam erst später zur Kenntniss des Kanzlers. Den Verbrecher hatten der Polizeirath Weber und der Wachmeister Engmann in die Mitte genommen und bewachten ihn während der ganzen Unterredung, so daß gerade sie Beide jedes Wort, das gesprochen wurde, aus nächster Nähe vernahmen. Beide haben amtlich darüber ausgesagt, und sind jeder Zeit bereit, ihre Angaben zu bekräftigen.

Auf den Landrichter Debon Bezug zu nehmen, ist durch die Provokation der ultramontanen Presse unmöglich geworden. Derselbe befindet sich in einer Gemüthsverfassung, die seinem Verstande alle Ehre macht, die jedoch sein Nervensystem in solcher Berrüttung zeigte, daß er außer Stand war, äußere Eindrücke in sich aufzunehmen. Dieser Verfassung war er sich selbst bewußt, indem er später an den Polizeirath Weber das Ersuchen stellte, das Vernehmungsprotokoll zu diktieren, wozu er sich unfähig fühlte.

Die Unterredung des Reichskanzlers mit Kullmann fand in der rechts v. m. Eingange liegenden Ecke des Lokals statt, so daß der Kanzler dem von ihm durch mehrere stehende Personen getrennten Herrn Debon den Rücken zugewandt hatte, Kullmann und die preussischen Polizeibeamten, in deren Mitte er stand, aber das Gesicht gegen das Licht hatten. Die Unterredung währte so lange, daß eine vollständige Aufnahme ihres Inhalts mehrere Bogen gefüllt haben würde, während die Angaben des Herrn Debon darüber sich „auf wenige Worte“ beschränken.

Aus der amtlichen Aussage des Polizeiraths Weber hierüber wird Nachstehendes wiedergegeben:

„Die von Sr. Durchlaucht an den Mörder gerichteten Fragen, die von letzterem in grammatisch unrichtigem Deutsch gegebenen Antworten lauteten, wenn auch nicht ganz wörtlich, so doch dem Inhalte nach, folgenvermaßen:

„Wollten Sie mich erschießen?“

„Ja!“

„Weshalb?“

„Wegen der Kirchengesetze!“

„Worin sind Ihnen die Kirchengesetze hinderlich? Wer sprach Ihnen davon?“

„Unsere Partei.“

„Welche ist das?“

„Die Zentrumspartei.“

„Wann haben Sie zuerst geachtelt?“ u. s. w.

Se. Durchlaucht wandte sich von dem trostigen, in seiner Erscheinung widerwärtigen Mörder ab, trat an den Tisch, las einige Verse des bei Kullmann vorgefundenen Gedichts, welches derselbe abgeschrieben haben wollte, nahm die bei demselben gefundene Karte, auf deren Rückseite der Name Diruf stand, in Augenschein und verließ das Polizeiamt.

Jetzt erfolgte das erste Verhör des Kullmann durch den Landrichter Debon und zwar noch immer im Bezirksamts-Gebäude, d. h. im Gebäude der Polizeiverwaltung. Der Landrichter Debon war derartig in Aufregung gerathen, daß er an mich das Ersuchen stellte, das Vernehmungsprotokoll zu diktieren. Diesen Wunsch zu erfüllen, war ich als Polizeibeamter außer Stande.“

Somit der Bericht des Polizeiraths Weber. Die Angaben desselben, und insbesondere den beschränkten Passus, bestätigt der Wachmeister Engmann.

Dem Landrichter Debon mag in seiner Fassungslosigkeit auch die ganze Episode entgangen sein, die sich auf das Gedicht an den Papst bezog, welches das einzige Schriftstück war, das Kullmann — wie einen Taktman — in seiner Brieftasche mit sich führte. Der Reichskanzler fragte dieserhalb den Mörder, wer dasselbe geschrieben habe. Kullmann erwiderte, er selbst. Dies bezeichnete der Reichskanzler als wenig wahrheitsgemäß, da die Handschrift von einem des Schreibens kundigeren herrühren, während der auf der Karte, die bei Kullmann gefunden, zwei Mal vermerkte Name „Diruf“, den Kullmann gleichfalls geschrieben haben wollte, eine des Schreibens wenig fähige und darin ungeliebte Hand verrathe. Der Fürst fragte, ob Kullmann bereit wäre, das Gedicht alsbald nochmals abzuschreiben. Hierauf und auf die wiederholte Frage des Reichskanzlers, wer ihn damit ausgerüstet habe, schwieg Kullmann.

Von diesem Gespräch hat der Landrichter Debon in seiner Aussage vor dem würzburgischen Gericht auch keine Erwähnung getan. Auch scheint es, daß jenes Gedicht an den Papst, auf das der Verbrecher solchen Werth zu legen schien, und die interessante Frage über den Abscheu desselben, im weiteren Verlaufe der Untersuchung ganz aus den Akten verschwunden sind.

Nicht allein in der erwähnten Unterredung des Reichskanzlers mit dem Verbrecher, sondern zu wiederholten Malen hat Kullmann auf die Zentrumsfraktion des Reichstags als auf seine Partei Bezug genommen.

Wenige Tage nach dem Attentat sagte Kullmann in einem Verhör, dem der Bezirksgerichts-Rath Strößenreuther ihn unterzog, Folgendes, das der Letzte wörtlich also mittheilt:

„Ich dachte mir, wenn ich den Bismarck umbringe, wäre dann doch der tollste Feind unserer Kirche aus dem Wege geräumt. Dann hatte ich auch einen Haß auf den Fürsten, weil er unsere Partei im Reichstage als reichsfeindlich bezeichnet hat. Ich habe nicht daran gedacht, daß ich mir durch die That einen besonderen Ruhm erwerbe. Daß meine That unserer Partei von Nutzen wäre, das dachte ich mir so ungefähr, und ich wollte nur das Interesse der Partei mich selbst opfern.“

Auch Herr Strößenreuther ist vor dem würzburgischen Gericht als Zeuge vernommen worden, ohne daß er über obige Worte Kullmann's Zeugnis abzugeben achtet hätte, woraus die ultramontane Presse ihre Schlüsse ziehen mag. Hierüber äußert sich indessen der Bezirksgerichts-Rath Strößenreuther wie folgt:

„Da ich als zuletzt vernommener Zeuge die Ergebnisse der Schwurgerichtsverhandlung nicht mit anhörte und daher nicht wußte, was bereits gesagt war, und da ich nur über die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten befragt wurde, so war ich nicht veranlaßt, jene Angaben Kullmann's in der öffentlichen Sitzung zu wiederholen.“

Aus dem stenographischen Bericht der Würzburger Gerichtsverhandlung ergibt sich aber, daß Kullmann auch öffentlich sich mit demselben Unumwundenheit als Angehöriger der Zentrumspartei bekannt hat, wie in jenem Gespräch mit dem Reichskanzler und in der eben erwähnten, von dem Bezirksgerichts-Rath Strößenreuther bezeugten Aussage.

In dem Verhör vor den Geschworenen, Würzburg, den 29. Oktober d. J., richtete der Präsident an den Angeklagten die Frage, ob er sagen könne, welche Zeitungen in dem katholischen Männerverein zu Salzweil aufgelegt seien. Kullmann nennt „die Germania“ und die „Eichsfelder Volksblätter“. Befragt, ob er wisse, welche Richtung diese Blätter haben, antwortete der Angeklagte: „Ja, eine ultramontane.“ Auf die Frage des Präsidenten, ob er aus „Germania“ und den „Volksblättern“ Manches entnommen, das ihm auffällig gewesen, erwidert er: „Ja, die Kirchengesetze.“ Und als weiterhin die Frage gestellt wird, ob er sich einer Partei zugehörig habe, sagt Kullmann: „Ja, ich rechnete mich wenigstens zu den Ultramontanen.“

Im Verlauf des Verhörs, nachdem der Angeklagte als Beweggrund seiner That angegeben: „Weil ich den Bismarck als den Urheber des Streits ansehe, der jetzt in Deutschland ist“, äußerte der Präsident: „Es scheint, daß Sie lediglich der Partei wegen, die Sie ergriffen haben, sich zu dieser Handlung haben hinreißen lassen.“ Kullmann bejahte dies. Der Präsident fuhr fort: „Also weil Sie in dem Fürsten Bismarck einen Parteigegner erblickten, deswegen wollten Sie ihn erschießen?“ Kullmann erwiderte: „Ja, weil ich in demselben einen der stärksten Parteigegner erblickte.“ Und als nun der Präsident als einen der politischen Gründe, weshalb der Angeklagte den Reichskanzler habe, angab: „und zwar deswegen, weil der Fürst Ihre Partei im Reichstage als reichsfeindlich bezeichnet hat“, bestätigte dies Kullmann: „Ja, deswegen.“

Das Bekenntnis des Angeklagten zur „Partei“ fehlt ebensowenig in den zeugeneidlichen Aussagen. So bemerkt der 28. Zeuge, Kreis-Medizinrath Dr. Friedrich Vogt, Kullmann habe ihm gesagt: „Die liberalen Blätter haben mich dazu gebracht; die haben so auf unsere Partei geschimpft; das hat mich so empört.“ Kullmann hat offenbar vor vielen andern Mitgliedern seiner Partei den Vorzug strenger Wahrheitsliebe. Auch der Zeuge und Richter Herr Strößenreuther bestätigt in den Schwurgerichtsverhandlungen, daß Kullmann nie mit Lügen verkehrt habe.

Die ultramontane Presse, welche die in der Reichstagsitzung vom 4. d. Mts. gemachte Mittheilung, daß Kullmann in der vor Zeugen

geführten Unterredung mit dem Reichskanzler, die „Zentrumspartei“ als „seine Partei“ bezeichnet hat, bei ihren Lesern verächtlich ist nunmehr in der Lage und wird nicht umhin können, die Thatsachen in ihren Spalten berichtigend wiederzugeben.

Sollten die Provokationen der ultramontanen Blätter und Parteiführer ihren Fortgang haben, so fehlt es nicht an Stoff zu weiteren Aufklärungen auch über den Zusammenhang der That Kullmann's mit den Justifikationen seiner weniger wahrheitsliebenden, weniger thatbeurtheilenden oder höher gebildeten Parteigenossen.

Bei den Provokationen befindet sich das mit eigener Hand geschriebene Konzipit zu einer Eröffnungsrede des Pfarrers Störmann für das Stiftungsfest des katholischen Männervereins in Salzweil, dem der Verbrecher seine Ausbildung zu verdanken hat; dies Konzipit giebt Manches zu denken. Mehr noch der in dem Vortrag des Staats-Anwalts vor dem Würzburger Schwurgericht bezeugte Umstand, daß die Statuten und sonstigen Schriftstücke jenes Salzweiler katholischen Männervereins einige Zeit vor dem künftigen Attentat verbrannt worden sind, ungefähr um die Zeit, wo Kullmann seine Reise behufs Ermordung des Kanzlers antrat.

### Zum Bankgesetz.

Gestern (Donnerstag) Vormittag hielt die Bankkommission des Reichstages eine Sitzung und empfing durch den Staatsminister Delbrück die Mittheilungen der Bundesregierungen über deren Beschlüsse betreffs Einführung einer Reichsbank in das vorliegende Bankgesetz. Hiernach erweisen sich die bisherigen Meldungen über als korrekt. Die Reichsbank wird als eine Aktienbank mit 40 Millionen Thalern oder 120 Millionen Mark Grundkapital, an dessen Zeichnung sich die bisherigen Anteilhaber der Preussischen Bank betheiligen können, auf 15 Jahre konstituiert. Wie der „Börz.-Cour.“ erzählt, wird man den vorerwähnten Anteilhabern proponieren, auf den Anteil, den sie in Höhe von drei Millionen oder 15 Prozent an dem Reservefonds der Preussischen Bank haben, zu verzichten und dagegen ihre Anteile in Aktien der neuen Reichsbank, die bekanntlich mit einem Agio von 25 Prozent emittiert werden, umzutauschen. Die Konzeption der neuen Reichsbank soll nach Ablauf der oben erwähnten 15jährigen Frist von 10 zu 10 Jahren verlängert werden. Sie steht unter ausschließlicher Verwaltung des Reiches und Aufsicht des Reichskanzlers und Bundesrathes. Sie wird die Reichskassengeschäfte besorgen und darf auch die der Einzelstaaten übernehmen, wenn diese es verlangen. Ihre Noten werden von allen Reichskassen angenommen und die Bundesregierungen können dasselbe bezüglich ihrer Landesbanken bestimmen. Nach Zahlung von 4 1/2 Prozent Zinsen an die Aktionäre wird der Gewinn zwischen dem Reiche und den Aktionären gleich getheilt. Die Reichsbank will nicht die einzelnen Banken tödt machen, wohl aber ist sie befugt, mit denselben wegen Erlösens ihrer Konzeption zu paktieren. Die Uebergangsfrist wird für alle Privatbanken auf das Jahr 1891 verlängert; wo das Privilegium irgend einer Bank früher erlischt, accretieren die Rechte aus demselben der Reichsbank. Condicio sine qua non für diese Vorschläge, über welche die Regierungen schon die Verhandlungen vor dem Kommissionsbeschluss auf Ausfertigung der Beratungen eingeleitet hatten, ist die Kontingentierung des Banknotenumlaufs; dieselbe soll in der schon angegebenen Weise erfolgen, das heißt es sollen ungedeckt umlaufen dürfen mit 1 Prozent Steuer 250 Millionen Mark bei der Reichsbank, 32 Millionen bei der bairischen Bank, 12,988,000 bei den preussischen Privatbanken (mit Auschluss der Frankfurter), 24 Millionen bei der sächsischen Bank, 40 Millionen bei den süddeutschen Guldenbanken (Frankfurt, Baden, Darmstadt und Württemberg) und 21 Millionen bei den kleinen Banken. Die Reichsbank ist frei von Staats- und Kommunalsteuern. Man hat auch bereits, wie das oben genannte Börsenblatt weiter mittheilt, Berechnungen über das wahrscheinliche Erträgnis der Aktien der künftigen Reichsbank angestellt, die indeß nicht sehr zu Gunsten desselben ausgefallen sind, selbst trotzdem man — wie oben erwähnt — eine mit 1 Prozent versteuerbare Notenemission von 250 Millionen Reichsmark derselben bereits zu Grunde gelegt hat. Selbstverständlich sind derartige Vorberechnungen zu vage, als daß man denselben mehr als den Werth einer ganz ungefähren Schätzung beilegen könnte.

### Deutschland.

△ Berlin, 17. Dezember. Früher schon sind die Gegenstände mitgetheilt worden, welche auf dem ersten Verbandstag der deutschen Frauen-Vereine und Pflege-Vereine zu Frankfurt



a. M. im Oktober d. J. zur Verathung gestanden haben. Jetzt liegt ein Bericht über die Beschlußfassung vor. Ueber die erste Vorlage „die Stellung des Verbandes der deutschen Frauen-Vereine zu dem Verbande deutschen freiwilligen Pflegevereine, bezw. dem deutschen Zentralkomitee der letzteren“ wurde eine volle Verständigung nicht erzielt. Sie wurde dem Ausschusse mit Zusätzen und Abänderungen bei geringer Majorität zur Berücksichtigung überwiesen. In Bezug auf den zweiten Gegenstand des Verathungs-Programms, betreffend eine lebendigere Verbindung zwischen den Vereinen, wurden folgende Vorschläge acceptirt: 1) Es ist dringend wünschenswerth, daß durch eine lebendigere Verbindung der Frauen-Vereine deren Zwecke gefördert werden. 2) Die wirksamste Förderung wird sich ergeben, wenn außer der Thätigkeit, welche auf die allgemeinen Zwecke des großen Gesamtverbandes und die speziellen der einzelnen Zweigvereine gerichtet ist, eine gemeinsame Thätigkeit sämtlicher Vereine einer Provinz, resp. eines Landes angestrebt wird. 3) Diese gemeinsame Thätigkeit soll vorzugsweise auf Ausbildung und Heranziehung von Krankenpflegerinnen gerichtet sein. 4) Es ist wünschenswerth, daß die Vereine einer Provinz resp. eines Landes jährlich zu einer gemeinsamen Verathung zusammenzutreten. 5) Es ist ferner wünschenswerth, daß von Zeit zu Zeit Mittheilungen über die Thätigkeit der einzelnen Vereine unter den Vereinen zirkuliren. Aus Anlaß der bei der Debatte von mehreren Seiten gefallenen Aeußerungen wurde auf Antrag des verstorbenen Geh. Regierungsraths Esse der Beschluß gefaßt, eine eigene Zeitschrift für die deutschen Frauenvereine ins Leben zu rufen und mit der Durchführung dieses Beschlusses das Präsidium des Verbandes zugesagt zu beauftragen.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ enthält einen längeren Artikel über den Prozeß Arnim, in welchem sie in ausführlicher Weise an der Hand der Anlage des Staatsanwalts Tschendorff eine Darstellung der dem ehemaligen deutschen Botschafter zur Last gelegten Vergehen giebt. Sodann hebt das halbamtliche Organ in einem Artikel über die Verathung des Reichs-Militär-Etats mit fichtbarer Befriedigung hervor, daß der in dieser Woche in zweiter Lesung durchberathene Etat seit fünfzehn Jahren der erste Militäretat ist, welcher wieder im Einzelnen parlamentarisch berathen und vereinbart wird. Die unversichtliche Erwartung, welche bei der im vorigen Jahre bei Verathung des Militärgesetzes getroffenen Vereinbarung gehegt wurde, daß die unwillkürliche Anerkennung aller wesentlichen Grundlagen der Heereseinrichtung sich auch als sicherer Halt für die jährliche Feststellung des Heereshaushalts erweisen würde, habe sich jetzt vollumfänglich bestätigt. Die eingehenden Kommissionsberathungen haben in allem Wesentlichen zur Annahme der Aufstellungen der Militärverwaltung geführt, und wenn in einzelnen Punkten auch in einigen, auf welche die Regierungen Werth legten, die Verständigung nicht erreicht worden ist, so versichern doch die schließlichen Differenzen gegenüber dem Gesamtergebnisse, welches im Vergleiche mit früheren Kämpfen auf diesem Gebiete Zeugniß giebt von der tiefgehenden Uebereinstimmung des Reichstages mit dem Streben und Schaffen der Heeresleitung und Verwaltung — demnächst hebt die Korrespondenz noch einige Momente aus der Spezialdiskussion des Militäretats hervor und bringt den Wortlaut der Rede des Fürsten Bismarck über die Einziehung des Reichs-Zustizamtes vom 1. Dezember d. J. Endlich bestätigt das halbamtliche Organ, daß die beiden Kammerbothe der deutschen Marine „Albatros“ und „Maulwurf“, welchen im Spätsommer der Auftrag erteilt worden war, an der Nordküste Spaniens zu kreuzen, mit Rücksicht auf die ungünstige Jahreszeit Befehl zur Rückkehr erhalten haben.

— In Nr. 2 Korrespondenz schreibt uns noch Folgendes:

Die heute Morgen der Bankkommission seitens des Präsidenten Delbrück über die Bundesrathsbeschlüsse in Betreff der Reichsbank gemachten Eröffnungen haben insofern einen befriedigenden Eindruck gemacht, als der Gesamtnotendbetrag nur um 40 Millionen M. zu Gunsten der Reichsbank erhöht werden soll. Im Uebrigen ist der Votenbetrag der süddeutschen Banken mit Rücksicht auf die in Süddeutschland zu errichtenden Filiale der Reichsbank gegen die erste Vorlage ermäßigt, dagegen Sachen ein Plus zueingelassen worden. Die Aktionäre der Preussischen Bank können ihre Aktien gegen Aktien der Reichsbank umtauschen; das Aktienkapital der letzteren wird auf den doppelten Betrag des Aktienkapitals der Preuss. Bank gebracht. Aus dem Kupon bei Ausgabe des Plus von Aktien erhält Preußen für den Verlust seiner Gewinnhälften eine Entschädigung von 5 Mill. Thlr., es bekommt außerdem sein Einzahlkapital, die ihm zueingelassenen Hälften des Referefonds, den Wehrerwerb der Bankgrundstücke gegen den Buchwerth und die Fortzahlung einer 1866 vertragsgemäß übernommenen Amortisationsrente. Die Komission der Reichsbank, wie auch die anderen nicht schon früher ihre Privilegien verlierenden Banken läuft bis 1891.

— Der „Börj-Cour.“ berichtet in der Demissionsangelegenheit Folgendes:

Fürst Bismarck hat nunmehr im Laufe des gestrigen Tages dem Kaiser schriftlich seine Demission eingereicht. Es erging ziemlich unmittelbar darauf von Seiten des Kaisers der ablehnende Befehl, in dem die Nichtannahme des Entlassungsbefehls, wie man wissen will, in sich den Reichskanzler für anerkennenden Ausdrücken ausgedrückt wird. Es hat gestern beim kaiserlichen Reichskanzler ein Diner stattgefunden, bei welchem auch der Kronprinz mit seinem persönlichen Adjutanten, Oberst Wilsch, anwesend war. Außerdem waren folgende Persönlichkeiten zugegen: die Abgeordneten Felmarischall, Wolke, v. Kardorff, Maßbach, Dr. Weyersberg, Schmidt (Sietlin), Berger, Böwe, Bessler, Mühlau, v. Bennigsen, Büttammer (Soran), von Arnim-Krochendorf, (Schwager des Fürsten), Rapp, Meier (Thorn), Schwabe, Fürst Hohenhausen, Langenscheidt. Die Fürstin Bismarck war zugegen. Die Unterhaltung bei Tische konnte sich wegen der Anwesenheit des Kronprinzen nicht dem Ereignisse des Tages, das alle Gemüther in Spannung hielt, zuwenden. Nach Ausbeugung der Tafel indes und während der Kronprinz sich die ihm unbekannten Abgeordneten vorstellen ließ, sprach der Fürst Bismarck lange und lebhaft mit den Abgeordneten von Bennigsen und Dr. Böwe. Nachdem die Abgeordneten und die Gäste sich bereits entfernt, blieb der Kronprinz noch in längerer Unterhaltung allein bei dem Fürsten Reichskanzler zurück. Wie man uns von sehr verlauteter Seite mittheilt, dürfte ein Rücktritt des Justizministers Dr. Leonhardt die wahrscheinliche Folge der Vorgänge auf diesem Gebiete sein.

— Die Kaiserin und Königin hat nachstehendes Schreiben erlassen:

„Als Protokoll der Frauen-Lazareth-Vereine und des Augusta-Hospitals ist es uns sehr durch den großen und schmerzlichen Verlust, den der Verein und die Anstalt durch den Tod des vereinsvollen Geheimen Rathes Esse als technischer Direktor erlitten haben, nunmehr veranlaßt, aus dem Vorstände des Vereins zwei Ersatzpersonen zu ernennen, welche, bis die Wahl eines Nachfolgers für den verstorbenen Direktor der Anstalt getroffen haben werde, alle Interessen derselben geschäftlich wahrzunehmen und in meinem Auftrage zu vertreten haben, wofür ich hiermit den von mir erwählten Ersatzpersonen, den Herren v. v. Schmidt und dem Regierungsrath Esse, die nöthige Legitimation erteile.“

Berlin, 12. Dezember 1874.

Königsberg, 15. Dezember. Heute besuchte Herr Oberbürgermeister Boje aus Bromberg hier, um sich nach Beendigung der Stadtverordnetenversammlung den Herrn Stadtvätern persönlich zu präsentieren. Zu diesem Zwecke ist der Saal im alten Universitätsgebäude aussersehen. Die „N. W. M.“ hören übrigens, daß Herr Boje von mehreren der hervortretenden Persönlichkeiten der Stadtverordneten sehr protegiert wird.

### Großbritannien und Irland

London, 14. Dezember. Die „Daily News“ bringt aus Veranlassung des Prozesses Arnim von einem pariser „gelegentlichen Korrespondenten“ eine interessante Darstellung über die innere Geschichte Frankreichs in den letzten beiden Jahren und die Rolle, die Deutschland und sein Kanzler dieser Entwicklung gegenüber einnehmen, interessant namentlich deshalb, weil sie, obwohl scheinbar und äußerlich manchmal im Widerspruch mit den Eindrücken stehend, die das Publikum aus der während des Prozesses erfolgten Berathung der auf diesen Punkt bezüglichen Berichte und Erlasse erhalten, dieselben doch in einer Beziehung vervollständigt und manchen nur mangelhaft erledigten Punkt erläutert. Im Jahre 1872, so wird dort erzählt, wurde Thiers durch einen in Dresden lebenden liberalen Exdiplomaten darauf aufmerksam gemacht, daß Arnim im Interesse einer reaktionären Hspartei gegen ihn arbeite. Der Diplomat, von dem Wunsche befehle, die Kräfte Deutschlands und Frankreichs, anstatt sie sich gegenseitig aufzureiben zu lassen, gegen den gemeinsamen Feind, den Ultramontanismus, zu verbinden, kam nach Paris, um mittelst zwischen den damals weit zerstreuten einzelnen republikanischen Fraktionen, machte Thiers darauf aufmerksam, daß sowohl Gontaut-Biron wie Arnim zur Mitarbeit an jenem Gedanken unfähig seien, und rief Thiers, neben der Botschaft eine vertrauliche Verbindung mit Bismarck zu suchen. Dieser Rath wurde befolgt, aber leider zu spät. Fürst Bismarck wäre um des Kampfes gegen die Ultramontanen willen gern ein offenes Bündniß mit den Republikanern eingegangen und hätte sich an der eventuellen Salonunfähigkeit Gambetta's nicht im geringsten gestört, so lange dieser das Ohr Frankreichs besaß und den Priestern kein Quartier zu geben entschlossen war. „Die Möglichkeit, an die Graf Arnim mit Schanden dachte, daß nämlich die Leitung der Republik aus den Händen Thiers' in die Gambetta's übergeben würde, war gerade die, die dem Kanzler gepaßt haben würde.“ Aber man überzeugete sich eben in Berlin zu spät von der Schwächheit Thiers' gegen die Ultramontanen, vor Allem durch Arnim's Blindheit oder absichtliche Einstellung der Thatsachen, u. d. der 24. Mai kam unter Arnim's Fittichen zu Stande. Frankreich ist seitdem nicht mächtiger geworden; es bildet sich aber ein, es durch den gewonnenen Rückhalt aller monarchischen und kirchlichen Sympathien geworden zu sein. Fürst Bismarck, auf's Aeußerste erbittert über diese Wendung der Dinge und entschlossen, jede persönliche Rücksichtnahme dem Kampfe gegen den Ultramontanismus unterzuordnen, benutzte den Prozeß Arnim, um ein Bündniß mit den Republikanern in Frankreich anzubahnen. Die Republik würde vermöge der Dezentralisation ihr Augenmerk weniger auf äußere Politik, weniger auf Revanche richten und könnte um so kräftiger die Priesterherrschaft abschütteln. Gambetta wäre ganz der Mann dazu, und daher auch er allenfalls der Mann des Kanzlers. Deshalb hat Bismarck die Veröffentlichung gerade der Depeschen zugelassen oder gewünscht, welche die anti-revolutionären Instruktionen enthalten. Dies ist in zusammengedrängter Kürze der Gedankengang des ausführlichen Artikels. Die wegwerfende Art, in der Bismarck in der einen Depesche über die Möglichkeit von Beziehungen seinerseits zu Gambetta spricht, wäre hiernach mehr Staffage behufs Schonung anderweitiger Vorurtheile.

### Deutscher Reichstag.

Abendigung, am 17. Dezember 7½ Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück und Geh. Rath Herzog.

Der vom Abg. Dr. Brosch eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend das Alter der Großjährigkeit, wird in dritter Verathung genehmigt.

Sodann tritt das Haus in die erste Verathung der Gesetzesentwürfe betr. die Ausgabe von Banknoten ein. Präsident Delbrück erläutert diese Vorlage, die mit Motiven zu begleiten es an Zeit gebracht. Der Art. 1 will dafür Vorkehrungen treffen, daß bis zu dem hiesigen nicht ausreichen Banknoten des Reichs über das Banknoten des status quo in Beziehung auf die Befähigung zur Ausgabe von Banknoten nicht verändert wird. Der Artikel 2 will dafür sorgen, daß die kleinen Notenapoints, welche nach der Bestimmung im Artikel 18 des Münzgesetzes bis zum Schluß des nächsten Jahres einzugehen werden sollen, nicht allein andern Apoints, die nicht auf Markwährung lauten, die vorzugsweise geeignet sind, unserer Goldmünze Konkurrenz zu machen, etwas früher aus dem Verkehr gezogen werden, als die einfache Bestimmung im Art. 18 des Münzgesetzes zur Folge haben würde. Der Entwurf geht sehr vorfichtig zu Werke; er hat die Absicht, nur vom 1. Juni nächsten Jahres an die Banken zu verpflichten, die bei ihnen eingehenden Apoints ihrer eigenen Noten unter 50 Mark nicht wieder herauszugeben und die Apoints fremder Banken unter 50 Mark nicht herauszugeben, sondern nur zur Zahlung oder Einlösung bei den betreffenden Banken zu verwenden. Es hat diese Bestimmung den Zweck, die kleinen Notenapoints aus dem Verkehr zurückzuziehen und uns in die Lage zu setzen, daß wir mit der Ausgabe der Goldmünzen weniger zurückhalten zu lassen brauchen, als wir es hieher mit Rücksicht auf die große Masse der umlaufenden papiernen Zahlungsmittel kleinerer Abschnitte sein mußten. Die Schlußbestimmung des Artikel 3, welche die Wirksamkeit des Gesetzes auf den 1. Januar 1875 fixirt, rechtfertigt sich von selbst.

Abg. Dr. v. Hammerer erinnert an das eigenhändige Mißverständniß des preussischen Finanzministers bei Gelegenheit der Diskussion über das Bankgesetz, als ob er (der Abg. Hammerer) es mit der Zustimmung der kleinen Noten weniger eilt habe als die Regierung. Im Gegentheil haben er und seine Freunde bei der Verathung des Münzgesetzes den 1. Januar 1875 als Termin für die Befähigung statuiert. Selbstverständlich wurde dabei vorausgesetzt, daß an die Stelle der eingezogenen Noten aus Goldmünzen getreten würden. Nach der soeben vom Präsidenten des Reichstages abgelesenen Erklärung des Bundes, daß auch nach Absicht der Reichsregierung die Bedürfnisse des Umlaufs bei Einziehung der kleinen Noten mit Gold befriedigt werden sollen, fällt das Bedenken weg, das ursprünglich bei ihm der Annahme der vorgeschlagenen Bestimmungen entgegenstand. Vorausgesetzt, daß die kleinen Noten unter 50 Mark nicht zurückgezogen werden, während die minder guten sich am längsten der Einziehung zu entziehen suchen werden. Sowohl übrigens wegen der Verbindung solcher Anwartschaften wie überhaupt sonstiger Mißverständnisse welche im Laufe der Dinge eintreten können, redet Hammerer darauf, daß nun, da das Bestehen einer Reichsbank im Monat Januar als sicher zu betrachten, das Reichskanzleramt sich mit der jetzt noch preussischen künftigen Reichsbank in fortwährender Fühlung halten werde; des Leiden erwarte er mit Bestimmtheit, daß bei dem Bankgesetz die Mängel, welche jetzt dem Privatpraktiker entgegenstehen, werden beseitigt werden.

Den Artikel 2 der Vorlage (siehe unten) bezeichnet von Veneda

als unannehmbar, ihm widersprechen von Arnim und Mosse mit großem Nachdruck. Der letztere empfiehlt im Gegentheil die sofortige Annahme des Artikel 2 des Gesetzes; es sei einer der bei der Einführung der neuen Währung gemachten großen Fehler, daß die Bestimmung, welche die kleinen Banknoten dem Verkehr entzieht, nicht schon früher getroffen sei. Allerdings müsse die Regierung gleichzeitig mit der Herausgabe der Goldmünzen, welche die Noten ersetzen sollen, vorgehen, gefürchte dies nicht, so würde eine große Komplikation eintreten. Nach den soeben gehaltenen Ausführungen des Präsidenten Delbrück dürfte der Reichstag insofern hoffen, daß die Regierung für hinreichende Versorgung des Verkehrs mit Gold Sorge tragen würde.

Abg. Windthorst hält jedes Mittel an dem noch so jungen Münzgesetz für bedenklich, sowohl vom wirtschaftlichen, als vom Standpunkt eines gesetzgebenden Körpers aus und beruft sich in der ersten Beziehung auf Gutachten der beteiligten Kreise. Ueberhaupt sei es ein Ding der Unmöglichkeit für ein Haus, das auf dem Punkt stehe auseinanderzugehen, eine so wichtige Entscheidung gleichsam im Fluge zu treffen, noch dazu in einer Abendigung.

Präsident Delbrück: Wenn die Abg. Windthorst und von Veneda den Antrag stellen wollten, den § 18 des Münzgesetzes aufzuheben oder den Termin seines Eintritts hinauszuschieben, so würde ich damit allerdings nicht einverstanden sein, ich würde es aber begreifen. Wie man aber gegenüber einer Bestimmung, welche eine gesetzlich vollständig festgestellte große Maßregel dadurch für den Verkehr erleichtern will, daß man die Banken veranlaßt, sie stufenweise auszuführen, die Hände über den Kopf zusammenschlagen kann, ist mir vollständig unerklärlich. (Sehr wahr! Lebhaft Zustimmung.) Wie man für eine solche Bestimmung noch das Gutachten der beteiligten Kreise verlangen will, ist mir eben so unerklärlich. (Sehr wahr! Lebhaft Zustimmung.) Es handelt sich um eine einfache stufenweise Ausführung einer gesetzlich bestehenden Bestimmung. Eine stufenweise Ausführung ist im Interesse aller Beteiligten; ich kann nichts für unrichtiger halten, als wenn man eine solche rein ausführende Bestimmung in Verbindung bringen will mit einem grundlegenden Gesetz wie das Bankgesetz. Sind die Herren der Meinung, daß es für den Verkehr zuträglich ist, dasjenige, was jetzt nach und nach geschehen soll, plötzlich an einem Tage ohne Weiteres eintreten zu lassen, so überlasse ich ihnen das; aber eine solche Bestimmung zu treffen, wäre legislativ so verkehrt wie möglich. (Beifall.)

Abg. v. Hoyerbed: Schon bei früheren Verathungen ähnlichen Inhalts herrschte nur eine Meinung, daß es unsere Aufgabe sei, so schnell als möglich die kleinen Banknoten aus dem Umlauf zu schaffen. Diese Vorlage schlägt uns eine noch schnellere Beseitigung vor als wir früher zu hoffen hatten; ich wünschte, sie hätte noch früher eintreten können; ich bin aber auch mit dem hier gestellten Termine zufrieden.

In die erste Verathung schließt sich sofort die zweite, ohne daß eine Vermittelung des Gesetz-Entwurfs an eine Kommission beliebt wird, und wird derselbe mit sehr großer Majorität in allen seinen Theilen genehmigt. Er lautet: Art. I. Die Bestimmungen in den §§ 1 bis einschließl. 5 des Gesetzes über die Ausgabe von Banknoten vom 27. März 1870 (Bundesgesetzblatt Seite 51) bleiben bis zum 31. Dezember 1875 in Wirksamkeit. Art. II. Zur Ausführung der Anordnungen, welche im Artikel 18 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 (Reichsgesetzblatt Seite 239) über die Einziehung der nicht auf Reichswährung lautenden Noten der Banken und über den Mindestbetrag der auf Reichswährung lautenden Noten getroffen sind, wird Folgendes bestimmt: § 1. Eine Bank, welche zur Ausgabe von Banknoten befugt ist, darf vom 1. Juli 1875 ab Banknoten, welche auf Beträge von 50 M. und darunter lauten, wenn dieselben von ihr ausgestellt sind, nicht ausgeben und, wenn sie von einer anderen Bank ausgestellt sind, nur an die letztere in Zahlung geben oder bei derselben zur Einlösung präsentieren. § 2. Die Mitglieder des Vorstandes einer Bank werden, wenn die Bank den Vorschriften des § 1 jüngerer Noten ausgiebt, mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem Vierfachen des gesetzlich auszugebenden Betrages gleichkommt, mindestens aber Eintausend Mark beträgt. § 3. Die Banken sind verpflichtet, bis spätestens den 30. Juni 1875 dem Reichskanzler nachzuweisen, daß sie alle diejenigen Anordnungen getroffen haben, welche in Gemäßheit der für sie maßgebenden landesgesetzlichen und statutarischen Bestimmungen erforderlich sind, um die Einziehung ihrer sämtlichen nicht auf Reichswährung, sowie ihrer auf Reichswährung, in Beträgen von weniger als 100 Mark lautenden Noten längstens bis zum 31. Dezember 1875 herbeizuführen. § 4. Die Banken sind ferner verpflichtet, dem Reichskanzler behufs der Veröffentlichung spätestens am nächsten Tage eines jeden Monats den am letzten Tage des vorausgehenden Monats vorhanden gewesenem Betrag der umlaufenden — der in den Bankkassen (einschließlich der Filialen, Agenturen und sonstigen Zweiganstalten) befindlichen — eintretenden Fälle auch der nach erfolgter Einlösung vernichteten — Noten, nach den einzelnen Abschnitten (Apoints) gefordert anzugeben. Art. III. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1875 in Wirksamkeit.

Hieran schließt sich die weitere Verathung des elsässisch-lothringischen Etats, der fast durchweg nach den Anträgen der Budgetkommission genehmigt wird.

Von den Resolutionen, welche die Budgetkommission vorgelegt, werden die folgenden genehmigt: den Reichskanzler zu ersuchen 1) Erhebungen darüber anzuordnen, in welcher Weise die Steuererhebung in Elsaß Lothringen vereinfacht werden kann, insbesondere, ob es nicht möglich ist, die Stellen der Steuer-Kontrollen aufzuheben und ihre Geschäfte den Enregistraments-Einnehmern zu übertragen; 2) in der geeigneten Weise, nöthigenfalls unter Aenderung des Art. 38 Nr. 3a der Verfassung, eine anderweitige Regelung der Bestimmungen in Betreff der den Einzelstaaten zu verfallenden Zoll Erhebungs- und Verwaltungskosten herbeizuführen.

Mit 120 gegen 95 Stimmen wird die folgende Resolution abgelehnt: den Reichskanzler aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß in dem nächsten für Elsaß Lothringen für das Jahr 1876 anstehenden Landeshaushalts-Etat zur Befriedigung der jetzt vorhandenen Ungleichheiten auf eine angemessene Erhöhung der für die richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten ausgeworfenen Fonds, sei es durch eine Erhöhung von Dotierungen, wie solche für die Beamten der anderen Ressorts durch den Etat gewährt sind, sei es in anderer Weise, Bedacht genommen werde.

Auf eine Frage Windthorst's erwidert Geh. Rath Herzog, daß die Reichsregierung in der bekannten Rede des General-Prokurators Schneegans in Colmar keine Entstellung der Thatsachen und daher keinen Anlaß zu einer Rüge gefunden habe.

Nach Erledigung des Justizetats der Reichsländer verläßt sich das Haus um 10½ Uhr bis Freitag 11 Uhr.

### Tagesüberblick.

Berlin, 18. Dezember.

Es kann nur bedauert werden, daß zu der Affaire Arnim, welche die Aufmerksamkeit des großen Publikums von den wichtigen Arbeiten des Parlamentes abzieht, auch noch der „Fall Majunel“ gekommen, welcher die Zeit des ohnehin überfüllt beschäftigten Reichstages in Anspruch nimmt. Wenn die Verhaftung des Abgeordneten Majunel wirklich die Würde des Reichstages verlegt, was wir bestritten, so kann man behaupten, daß die Art, wie das Parlament die Sache behandelt hat, dies noch mehr thut. Würde die Verhaftung irgend welche tendenziöse Verfolgungssucht bekunden, so wäre das Schicksal des hohen Hauses verständlich gewesen, läge eine offenebare Verfassungsverletzung vor, so würden wir begreifen, daß liberale Abgeordnete, um die Einflüsterung und Unparteilichkeit, wo es sich um Wahrung des Rechts handelt, sich ins Vordere stellen gestellt hätten, um die Regierung zu bekämpfen. Aber daß eine solche Verfassungsverletzung vorliegt, ist höchst freitig, die Majorität des Hauses hat die Frage verneint. Allerdings könnte man, wie die „Nat.-Bl.“



von „Ungeklärtheiten einzelner Regierungsorgane“ sprechen, aber diese zu klären mochte man in erster Reihe den Fraktionsgenossen Majunkes überlassen, und nach dem von ihnen vorgebrachten Material den Fall einer ruhigen Prüfung unterwerfen, anstatt mit einem gemeinamen Sturmlaufen zu beginnen und mit der Verfahrenheit zu enden, welche soweit ging, daß sich die Fraktionsgenossen Laßer und Gneist schroff entgegenstellten. — Artikel 31 der Reichsverfassung lautet:

Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich. Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben, und jede Untersuchung oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Die Frage ist nun, gilt dieses Privilegium nicht uns gegenüber tendenziösen Verfolgungen, sondern schließen die Worte „jedes Strafverfahren“ auch die Strafvollstreckung ein. Bis jetzt ist diese Frage nicht entschieden. Zum Art. 84 der preussischen Verfassungsurkunde, welcher mit dem Art. 31 der Verfassung des deutschen Reiches korrespondiert, bemerkt der liberale Staatsrechtslehrer v. Klaben: der Zweck jener Verfassungsbestimmung sei kein anderer als der, zu verhüten, daß nicht durch eine bewußte falsche Beschuldigung eines Vergehens oder Verbrechen die Entfernung eines missliebigen Kammermitgliedes oder eine allgemeine Einschüchterung versucht werde. Wenn dies die politische Grundlage der in Rede stehenden Verfassungsbestimmungen ist, dann kann von Anwendung derselben bei der Vollstreckung eines vor Zusammenritt der Volksvertretung ergangenen und rechtskräftigen Strafurtheils keine Rede mehr sein; denn dann hat bereits der unabhängige Richter entschieden, daß die Verfolgung des Abgeordneten gerechtfertigt, die Untersuchung geboten, die verbrecherische That verübt worden war. Und die Majorität des Hauses war derselben Meinung, denn sie lehnte die Forderung, Majunkes in Freiheit zu setzen, ab und entschied sich mit sehr wenig Stimmen für den Antrag Hoyerstedt, welcher lautet:

„Behufs Aufrechterhaltung der Würde des Reichstages ist es notwendig, im Wege der Deklaration resp. Abänderung der Reichsverfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werde.“

Nicht diese Resolution, welche ein unbefränktes Privilegium verlangt, sondern mehr die Art und Weise, wie liberale Abgeordnete sich in dieser Frage für die Ultramontanen engagierten, scheint den Reichskanzler empfindlich verletzt zu haben. Diese Vermutung hat sich hoffentlich schon wieder gelegt und Majunkes bleibt — trotz seines Abgeordnetenmandats — in Bismarckssee, weil er wegen Beleidigung des Kaisers und des Fürsten Bismarck zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist. Jedenfalls aber stehen noch neue Debatten in Aussicht, ob das Privilegium der Abgeordneten in jedem Falle der Gleichheit vor dem Gesetze vorgehen soll. \*)

Der künft. Oberpräsident der Provinz Preußen Herr von Horn hat unter dem 5. d. M. einen Erlaß an die Landesbeamten gerichtet, welcher allenthalben Aufsehen erregt.

In diesem Erlaß macht der Oberpräsident darauf aufmerksam, daß die künft. Regierung bei der Einführung des Zivilgesetzbuchs die Aufrichtigkeit gehabt habe, es werde nach wie vor bei den betreffenden Familienereignissen die Mitwirkung der Kirche in Anspruch genommen werden. Dennoch unterließe die kirchliche Trauung und Taufe der, was zum Teil darauf zurückzuführen sei, daß die Landesbeamten den Beteiligten sagten, daß sie sich nun nicht mehr an die Geistlichen zu wenden brauchten, da alles Erforderliche durch die Eintragung erfolgt sei. Es sei aber zu befürchten, daß durch solche Äußerungen manche Leute dem kirchlichen Leben entfremdet würden, außerdem sei der Ausfall, welchen die Geistlichen an ihrem Einkommen erleiden, zu berücksichtigen. Deshalb würde er, der Oberpräsident, es für dringend wünschenswert erachten, daß der Landesbeamte bei jedem Zivilakte den Beteiligten vorkalte, es sei ihre Pflicht, auch noch die Mitwirkung und den Segen der Kirche zu begehren. Indessen werde dies füglich nicht vorgeschrieben werden können, weil diese Ermahnungen, streng genommen, über die Grenzen der Amtsfähigkeit der Landesbeamten hinausgehen. Es müsse daher deren Ermessen überlassen bleiben, wie weit sie in dieser Beziehung gehen wollten. Dagegen sei aber durchaus zu beanspruchen, daß der Landesbeamte der Vornahme der betreffenden kirchlichen Feierlichkeiten nicht entgegenwirts.

Die „Danz. Ztg.“ legt gegen diesen Erlaß im Geiste der Gesetzgebung, welche das Zivilgesetz geschaffen hat, entschiedenen Protest ein. Sie sagt:

So wohlmeinend die Meinungsäußerung des Herrn Oberpräsidenten auch sein mag: in Form einer Art Instruktion an die Landesbeamten, wie sie hier vorliegt, kann sie nur Verwirrung über die Bedeutung des neuen Gesetzes in der Bevölkerung erregen, während gerade die Klarheit desselben eine Veranlassung sein sollte, sich von so hervorragender Stelle mit solcher Vorhut zu äußern, daß Mißverständnisse möglichst vermieden werden. Wir müssen gegen den Erlaß protestieren im Geiste der Gesetzgebung selbst, auf welche sich jener bezieht. Durch die Einrichtung der Zivilstandskämmer hat der Staat das für sorgen wollen, daß die Eheschließungen, die Beglaubigungen der Geburten und die Begräbnisse, mit Ausschließung der Genehmigung jeder kirchlichen Willkür und jedes subjektiven Willens des Geistlichen, lediglich nach den Gesetzen des Staates geordnet werden. Um dies durchzuführen, hat der Staat nach dem Grundsatze: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“, die Legalisierung jener Art der Geistlichen genommen und rein staatlichen Beamten übertragen. Dieser rein staatliche Charakter der Landesbeamten darf nicht im aller Mindesten verdunkelt werden, wenn nicht der Zweck des Gesetzes, das diese Beamten geschaffen, wieder in Frage gestellt werden soll.

Welche bedenkliche Folgen der Protest schon jetzt hat, ergiebt sich aus der Anwendung, welche die „Kreuztg.“ daraus zieht. Sie findet, der Erlaß dürfe unbedingt als ein amtliches Zugeständnis angesehen werden, daß die in den „Motiven“ zu dem Zivilgesetz entworfene etwas vornehm abgefertigte Beizorgnis, die obligatorische Zivilehe werde namentlich für die Bevölkerung der baltischen Provinzen eine Störung guter Sitte und Gewöhnung herbeiführen, sich schneller und in größerem Umfange zu erfüllen begonnen hat, als selbst die „Schwarze“ annahm.

Wir machen uns nachstehend das Vergnügen, weitere Stimmen der französischen resp. der pariser Presse über den Prozeß Arnim zusammenzutragen. Aus Allem geht hervor, daß die Lebhaftigkeit, womit in politischen Kreisen die Depeschen Bismarcks an Arnim besprochen werden, eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen ist. Die konservativen Blätter reiten krampfhaft auf dem Gedanken herum, daß die Republik jetzt erst recht nicht ge-

macht werde, dürfte, da sie dem k. k. deutschen Reichskanzler gefalle. Sehr entschieden läßt sich die „Republ. française“, das Organ Gambetta's, vernehmen. Sie schreibt:

„Als Graf Arnim im vergangenen Oktober verhaftet wurde, behaupteten gewisse Blätter, diese „Verfolgung“ sei nur ein Nachhall des deutschen Reichskanzlers. Diesen Blättern zufolge sollte Herr v. Bismarck gegen den ehemaligen Gesandten sehr aufgebracht sein, weil derselbe in einem wiener Blatte die Veröffentlichung gewisser auf das Reich bezüglicher Schriftstücke veranlaßt habe. Derselben Blätter setzen hinzu, daß der erste Rath des Kaisers Wilhelm einfach gesucht habe, seinen fürchterlichen politischen Gegner zu entehren, indem er denselben, der das Haupt einer der größten Familien Deutschlands sei, wie den ersten besten Beamten berandete, der sich im Amte eine Veruntreuung habe zu Schulden kommen lassen. Die Blätter gingen sogar so weit, den Grafen Arnim als den einzig möglichen Nebenbuhler zu bezeichnen, und es hätte wenig gefehlt, so hätte man die Geschichte Arnims als einen Haupt- und Staatsreich hingestellt, der direkt das Werk des gefährlichsten preussischen Staatsmannes wäre. Von diesen Insinuationen ist absolut nichts übrig geblieben.“

Das Blatt fährt dann fort: „Die Zeitungen werden vielleicht das Auftreten des Reichskanzlers am 1. d. M. für unseren Theil nehmen wir keine Minute Anstand, dasselbe als vollkommen korrekt zu bezeichnen. Ohne uns an die Persönlichkeit zu halten, die den Prozeß anknüpfte, oder gegen die der Prozeß angestrengt wurde, glauben wir, daß es im Interesse der Moral der ganzen diplomatischen Welt liegt, daß man gewissen diplomatischen Männern ein Ziel setzt, und daß es die Sicherheit aller Regierungen erheischt, nicht mehr die Einmischung fremder Diplomaten in ihre inneren Angelegenheiten zu gestatten.“

Der Artikel schließt mit den Worten: „Wenn wir nun untersuchen, welchen Vortheil das Reichskanzleramt aus dem Prozesse ziehen konnte, so müssen wir konstatieren, daß Herr v. Bismarck mit der ihm eigenen vorsichtigen Klugheit die Gelegenheit ergriff, auf die er nicht gehofft und welche ihm die Ungeklärtheit dieses angeblichen Nebenbuhlers geboten hatte, um Dokumente zu veröffentlichten, deren Bekanntwerden er wünschte.“

Das „Journal des Debats“ spricht sein Ersauern über die umfangreichen Enthüllungen aus, welche im Verlaufe des Prozesses gemacht worden sind. Bezüglich der politischen Thätigkeit des Reichskanzlers in Paris aber meint das Blatt:

„Wir glauben nicht, daß die Berichte des Herrn von Arnim während seines Aufenthaltes unter uns seiner Regierung über den Zustand der Parteien in Frankreich, über die Pläne einer jeden von ihnen und über den mutmaßlichen Ausgang der Krisen, welche wir durchgemacht, ein sehr klares Licht gewährt haben.“

Der offiziöse „Moniteur“ veröffentlicht an der Spitze seiner Spalten in fetter Schrift Auszüge aus den Depeschen Balans und des Fürsten Bismarck, worin gesagt wird, daß die Republik als Vorgesandte dienen und Frankreich in der Isolierung halten werde, und aus den Depeschen des Fürsten Bismarck und Arnim's, worin von den Bonapartisten die Rede ist. Im ersten Augenblick könnte man glauben, daß das Hauptorgan des Herzogs Decazes sich ursprünglich dem „Mon.“ unterworfen habe. Dieses ist jedoch nicht der Fall. Man hofft einfach, die, welche die Proklamierung der ewigwährenden Republik noch immer wollen, in die Arme des Septenniums zu treiben. Ob dieses Eindruck machen wird, bleibt fraglich. Der „Soir“ erklärt, daß es keiner der französischen Parteien, würdig sei, in dem Kampfen auf der Tribüne und in der Presse „der ihnen von Herrn v. Bismarck gefandten deutschen Waffe“ zu bedienen. „Wir können in unseren inneren Kämpfen jene moralische Intervention einer immer wachsam und nie entwaffneten Macht nicht zulassen.“ Inmitten der ziemlich leidenschaftlich gegen einander losfahrenden Journale nimmt die septennalistische „France“ einen mehr neutralen Standpunkt ein. Sie fragt, ob denn ein vom deutschen Volschastler protektiertes Königthum, welches von den letzten Tagen der Orléanisten zu profitieren gedachte, nicht in ganz anderer Weise kompromittirt sein würde, wie eine Republik, welche nicht zu bekriegen Hr. v. Bismarck sich bequemt? — Selbst in der Nationalversammlung unterhält man sich mehr vom Prozeß Arnim als von den Gegenständen der Tagesordnung. Wie sich von selbst versteht, heuten die Konservativen dasjenige, was Fürst Bismarck zu Gunsten der Republik in Frankreich sagt, nach Kräften gegen dieselbe aus; die Republikaner aber sagen: „Nun wohl, die Republik ist der Friede, also bleiben wir dabei!“ Ueber das Wichtigste, was aus den verlesenen Depeschen hervorgeht, über die Klare, von allen Hintergedanken freie Haltung Deutschlands gegen Frankreich, über die Abwesenheit aller Kriegesgefühle, die sich so unzweideutig aus den vertraulichen Erlässen des Reichskanzlers ergibt, sagen die Blätter bis jetzt nichts; man kann aber wohl bemerken, daß dieser Theil der Enthüllungen, der alle früheren Gerüchte über schlechte Absichten Bismarck's so glänzend zugen straft, nicht verschelt hat, Eindruck in pariser politischen Kreisen zu machen.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Dezember.

— Im Lokale des polnischen „Vereins der Freunde der Wissenschaften“ fand, wie der „Dziennik Pomoński“ mittheilt, gestern eine polizeiliche Hausdurchsuchung statt. Das polnische Blatt bemerkt hierzu: „Welchen Zweck die Revision hatte, was gesucht wurde, ist für uns ein um so schwerer zu lösendes Räthsel, als der genannte Verein auf ausschließlich wissenschaftlichem Boden steht und demnach nicht den geringsten Anlaß zu einer solchen Intervention geben konnte.“ Nach dem „Dziennik“ fand außer in dem Lokale des oben genannten Vereins auch bei dem hier lebenden polnischen Literaten Dr. Kasimir Sulc eine Hausdurchsuchung statt. Der Zweck derselben war angeblich die Entdeckung von Papieren, welche auf die Beschickung des archaischen Kongresses in Kijow seitens des „Vereins der Freunde der Wissenschaften“ Bezug haben könnten.

— Der Dekan von Egin und Propst Kynski in Gollanz ist wegen seiner Weigerung über den päpstlichen Delegaten Auskunft zu geben, auf Verfügung des Kreisgerichts in Döngowitz gefänglich eingezogen worden. Somit befinden sich bereits fünf Dekane wegen dieser Angelegenheit in gerichtlicher Haft und zwar außer dem oben genannten die Dekane Tafelski (Def. Kröben), Knyger (Def. Schrimm), Pajowski (Def. Kempen) und Danielewski (Def. Leko).

— In der Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember waren anwesend 17 Mitglieder; der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Koblitz, Bürgermeister Herse, und die Stadträte Anna, Kump, Stengel. — Nachdem in den beiden vorhergehenden Sitzungen sämtliche übrigen Etats festgestellt worden, wird sofort in die Beratung über den Kammeretat getreten. — Der Stadtrat hat einstimmig beschlossen, daß der Stadtrat die Kosten der Stadtbibliothek zu übernehmen hat. — Der Stadtrat hat einstimmig beschlossen, daß der Stadtrat die Kosten der Stadtbibliothek zu übernehmen hat.

Tit. I der Ausgabe: An Beschlüssen und Emolumenten, sowie Tit. II: Dispositionsfonds des Magistrats, steigern sich nach dem Magistrats-Antrage zusammen um c. 10.000 Thlr., und zwar vornehmlich durch Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Subalternen und

Rassenbeamten von 100 auf 144 Thlr., für die Unterbeamten von 50 auf 60 Thlr., durch bedeutende Vermehrung der Bureauaufsätze, durch die feste Anstellung von 6 Exekutoren, sowie durch die an 3 Klassensteuer-Erheber zu gewährende sehr erhebliche Remuneration. Die Finanzkommission ist nicht mit allen Anträgen des Magistrats einverstanden gewesen, und werden demgemäß von der Versammlung folgende Beschlüsse gefaßt: die Wohnungsgeldzuschüsse werden gemäß dem Magistratsantrage erhöht; Bureau Assistenten-Schreiber rückt als Stadtschreiber ein und erhält statt bisher 475: 550 Thlr. Gehalt. Außerdem werden 5 Bureau Assistentenstellen mit einem Gehalte von 450, 400, 300, 300, 300 Thaler etatirt; der Magistrat hatte noch eine sechste Stelle beantragt; der technische Assistent im Bureau erhält 450 Thaler Gehalt und 144 Thaler Wohnungsgeldzuschuß. Die Gehälter der Rassenbeamten bleiben, abgesehen von der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses unverändert; die Gehälter der Unterbeamten werden um meistens 10 Thlr., das des fünften Kassenbeamten von 200 auf 250 Thlr. erhöht, so daß das Gehalt demnach 350–450 Thlr., und der Wohnungsgeldzuschuß 60 (statt bisher 50 Thlr.) beträgt. Außerdem werden 6 Exekutoren a 400 Thlr. angestellt, indem die Klassensteuer, vornehmlich in den unteren Steuerstufen, voraussichtlich in vielen Fällen erheblich wird eingezogen werden müssen. Unter Titel II hatte der Magistrat zur Remuneration von 3 Klassensteuer-Erhebern die Gewährung von 4000 Thlr. beantragt; die Versammlung setzt zu der Erhebung der Klassensteuer vorläufig 2000 Thlr. aus und überläßt es dem Magistrat, zu erproben, auf welche Weise die Klassensteuer, die nach den gesetzlichen Bestimmungen stets bis zum 25. jeden Monats von den Kommunen an die Staatskasse abgeführt werden muß, am besten von den 12.000 Einwohnern der Stadt erhoben werden kann, sei es durch Steuererheber, Steuerboten oder auf sonstige Weise; auch wird der Magistrat ersucht, alle Vierteljahre über die dabei gemachten Erfahrungen der Versammlung Bericht zu erstatten. — Unter Tit. III Pensionen tritt der ehemalige Lehrer Ratowicz mit 466 Thlrn. hinzu. — Die rathshauslichen Bureauaufsätze (Tit. IV.) steigern sich um mehrere hundert Thaler; zur Vermehrung der rathshauslichen Bibliothek werden 200 Thlr. (statt bisher 100 Thlr.) bewilligt. — Unter Tit. VI. zur Erhebung der Brückengelder zc. kommen 722 Thlr. zur Aufsammlung eines Brückenfonds der Wallischbrücke, welcher gegenwärtig 21.850 Thlr. in Weichpapieren besitzt, in Wegfall, da eine neue Brücke gebaut werden soll und eine weitere Ansammlung für den Brückenfonds demnach nicht mehr erforderlich ist. — Unter Tit. IX. zu Abgaben und anderen ähnlichen Beiträgen, steigert sich der Beitrag zur Unterhaltung des Korrekturenbauwes in Kosten, der Frenkelanstalt in Dömitz, der Taubstummenanstalt in Posen zc. von bisher 31.849 auf 38.100 Thlr. Der Referent hebt dabei hervor, daß dieser Beitrag Jahr für Jahr steigt, ohne daß die Kommune von jenen provinziellen Instituten eine entsprechende Gegenleistung habe und beantragt, eine Kommission zu wählen, welche in Erwägung ziehen solle, ob und inwiefern diesem andauernden Steigen der Beiträge für provinzielle Anstalten vorzubeugen sei. Stadtrath Kump führt aus, diese Steigerung werde dadurch vergrößert, daß auf Grund eines Beschlusses des Provinzial-Landtages die Beiträge für die provinziellen Anstalten nicht mehr, wie früher, nach der Grund- und Gebäudefläche, sondern nach den direkten Steuern von den Gemeinden erhoben werden; es sei demnach eine Beschwerde, welche der Magistrat schon früher in dieser Angelegenheit an den Herrn Oberpräsidenten gerichtet habe, abschlägig beschieden worden. Die Angelegenheit soll in einer späteren Sitzung nochmals erwogen werden. — Unter Tit. XI. zu Militärwesen vermindern sich die Kosten für Aufnahme von passanten Militärs von 180 Thlr. bisher auf 30 Thlr., indem dieselben künftig in Gasthäusern, und nicht mehr, wie bisher, in einem zu diesem Zwecke speziell gemieteten Ordonnanz-Gelasse untergebracht werden sollen. — Unter Tit. XII. zu polizeilichen Zwecken, treten für die Unterhaltung, Beheizung und Beleuchtung der Polizeibureauz zc. einige Steigerungen der Ausgaben ein, ebenso für die Arrestanten-Verpflegung zc. Dem Rettungsberein werden, statt bisher 150 Thlr. 400 Thlr. bewilligt. — Unter Tit. XIII. zur Straßenreinigung und Unterhaltung der Promenaden und Anlagen steigern sich die Ausgaben für die vom städtischen Magistrat zu stellenden Fuhrwerke zur Abfuhr des Straßenunraths, Schnees, Eises von 2082 auf 2592 Thlr. Die Kosten 2 und 3: zur Anmietung von Schiffsgeräthen im Winter, für Oile, Auf- und Abladen der Schiffe, Reinigung sind in Einnahme und Ausgabe in den Vorjahren nicht übernommen worden. Die Ausgaben für das Fegen der zur Kammerer gebührenden Straßen und Plätze steigern sich um c. 80 Thlr. — Die Straßenbeleuchtung (Tit. XIV.) erfordert die Weichrausgabe von 270 Thlr. (die Kosten betragen bisher 7425 Thlr.). — Zu Reparaturen der sämtlichen städtischen Gebäude werden 4000 Thlr. zur Unterhaltung des Straßenpflasters 5500 Thlr. bewilligt, zur Instandhaltung der kleineren Brücken 100 Thlr., zur Unterhaltung der Wasserleitungen, Pumpen, Kanäle 940 Thlr. — Zur Unterhaltung der städtischen Schulen (Tit. XVII.) sind in der vorigen Sitzung c. 71.900 Thlr., d. h. c. 6000 Thlr. mehr, als pro 1874, bewilligt worden; für die gewerbliche Fortbildungsschule werden 700 Thlr. gewährt. — Zur Unterhaltung der Stadtkarren (Tit. XVIII.) sind bewilligt worden: für die Haupt-Armenverwaltung 15.932 Thlr., gegen 16.857 Thlr. pro 1874, an Zuschuß zum Krankenhaus-Etat; 12.739 Thlr. (gegen 15.424 pro 1874), an Zuschuß zum Hospital-Etat 3988 Thlr. (gegen 6252 Thlr. pro 1874), an Zuschuß zum Waisenpflege-Etat 6994 Thlr. (gegen 7475 Thlr. pro 1874). — Tit. XIX.: Darlehen aus dem Reichsinvalidenfond, balanzirt mit 33.948 Thlr. gegen den entsprechenden Titel in der Einnahme. — Tit. XX.: Ad Extraordinaria ergiebt sich durch Kalkulation nach Feststellung der Ausgabe und Einnahme. Ein Antrag des Rechtsanwalts Mäkel, der Magistrat möge ersucht werden, künftig eine monatliche Uebersicht über die ad Extraordinaria bereits gewährten Beträge geben, wird angenommen.

Unter den Einnahmen des Kammererlases (Tit. I) sind vornehmlich folgende hervorzuheben: Unter Titel III. an Pachtgeldern und Mieten steigt sich die Einnahme von den städtischen Schulhäusern von 14.835 auf 15.810 Thlr.; neu hinzu tritt die Miete für den Keller unter dem Schulhause in der Breslauerstraße. Die Broterkaufstellen ergeben 1131 Thlr. (statt 636 Thlr. pro 1874). — Unter Tit. IV. an Einkünften von nicht verpachteten oder nicht zu verpachtenden Gezecktheiten der Kammerer erniedrigen sich die Stadtwagengebühren von 880 auf 809 Thlr., das Brückengeld von 2000 auf 1666 Thlr. — Unter Tit. V. vermindern sich die Zinsen von 5580 Thlr. auf 4592 Thlr., indem sich das jähbare Vermögen der Stadt (123.330 Thlr.) durch Gewährung des Zuschusses von 20.000 Thlr. an die Posen Kreuzburger Bahn um 20.000 Thlr. vermindert hat. Die Zinsen vom Brückenbau-fond in Höhe von 722 Thlr. sollen unter Tit. V. vermindert werden. — Unter Tit. VI. an erstatteten Kosten für bestimmte Leistungen steigert sich der Beitrag zu den Kosten der Straßenpflasterung aus der Gasanstalt und den Wasserwerken von 1000 auf 2000 Thlr. — Unter Tit. VII. an Sporteln und Polizeistrafen werden vereinnahmt 150 Thlr. an zurückgezahlten fälligen Kosten für die Polizeiverwaltung in den nicht kommunalisierten Dörfern (Zerpye, Lazarus, Wida); 1000 Thlr. an Mahn- und Exekutionsgebühren. — Die Einnahme von dem Darlehen aus dem Reichsinvalidenfond beträgt 33.948 Thlr. (gegen 33.948 Thlr. Ausgabe). — Unter Tit. VIII. ergiebt die Tantieme von der Gewerbesteuer aus der Stadt Posen a 4 pCt. statt bisher 993 Thlr.: 1007 Thlr.; die Einkommensteuer (bisherige Staatssteuer nach 50 pCt. Kommunalzuschläge) 60.000 Thlr. (gegen bisher 49.000 Thlr. an 50 pCt. Zuschuß zur Mahl- und Schlachtfleischsteuer, 15.375 Thlr. an einem Drittel des Rohertrages aus der Waisenpflege, 1464 Thlr. Differenzanteil zc.); Tantieme für Einziehung der Gebäudesteuer 3 pCt.: 1020 Thlr. (statt bisher 969 Thlr.); Tantieme für Erhebung der Feuerloketats-Beiträge 270 Thlr. (statt bisher 235 Thlr.); Tantieme für Erhebung der Klassensteuer 6 Prozent: 270 Thlr. — Eine längere Debatte, an der sich Kaufmann Sal. Löwinski, Kommerzienrath Dr. Jaffe, Rechtsanwalt Mäkel, Kommerzienrath Dr. Jaffe, Kaufmann Kantowicz, Stadtrath Kump und die übrigen betheiligten, entwickelt sich über die Einkommensteuer. Ursprünglich hatte der Magistrat beantragt, außer dem einfachen Satz von c. 104.000 Thlr. in Höhe der Staats-Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer noch einen 25pro. Zuschlag erheben zu lassen, so daß demnach die Einkommensteuer ca. 130.000 Thlr. ergeben hätte; doch erklärte er gemäß dem Antrage der Finanzkommission

\*) Vergl. die Nachricht des „Börs. Courr.“ unter Berlin.



sch mit Erniedrigung dieses Zuschlages auf 15 Prozent einverstanden. Nach längerer Debatte wurde auch die Erhebung dieses 15prozent. Zuschlages mit einer Stimme Majorität abgelehnt, dagegen die Erhebung des einfachen Betrages als Einkommensteuer beschlossen. (Kommerzienrath B. Jaffe hatte beantragt, daß zwar der 15prozent. Zuschlag erhoben, jedoch die beiden untersten Klassen von diesem Zuschlage befreit sein sollten. Die Versammlung beschloß ferner, daß, falls sich in Folge der Reduzirung der Einkommensteuer auf ca. 104,000 Thlr. ein Defizit herausstellen sollte, so soll dasselbe aus den Ueberschüssen des laufenden Jahres (1874) gedeckt werden.)

Ueber die für Einrichtung des Rathhauses verausgabten Kosten berichtet Maurermeister Hesselein. Danach haben die gesamten Kosten für die diesjährigen Reparaturen und neuen Einrichtungen (von Büroräumen etc.) im Rathhause 2450 Thlr. betragen, und werden diese Kosten, die vorher häufig veranschlagt worden konnten, von der Versammlung nachträglich genehmigt.

Für die Abnahme des Lagerstohrs und der Rüchenschfälle aus dem städtischen Krankenhaus und Hospitäl pro 1875 ist der Betrag von 60 Thlrn. erzielt worden, und erklärt sich die Versammlung mit der Ertheilung des Zuschlages einverstanden.

Ueber die Wahl von drei Mitgliedern für die Gas- und Wasserwerks-Direktion berichtet Rentier Kessfeld. Danach schieden mit Ablauf d. 3. aus der Direktion aus: Professor Szafariewicz, Dr. Maniewicz, Stadtrath Garfch. Die Wahlkommission empfiehlt Wiederwahl der beiden Ersteren und Wahl des Maurermeisters Hesselein. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

In Betr. der Notirung und Berechnung der Durchschnitts-Marktpreise in hiesiger Stadt verliest Kaufmann M. Szapóti eine Zuschrift des Magistrats an die Versammlung, aus der hervorgeht, daß Magistrat in Verbindung mit der hiesigen Handelskammer der im Jahre 1872 angeordneten Methode der Feststellung der Durchschnitts-Marktpreise aus technischen Gründen nicht beigestimmt habe; in der Zuschrift stellt schließlich der Magistrat den Antrag, die Versammlung möge bei den obwaltenden Schwierigkeiten sich mit ihm dahin einverstanden erklären, daß künftig das Polizei-Direktorium die Notirung und Berechnung der Durchschnitts-Marktpreise in unserer Stadt übernehme. Auf Befragen bemerkt Kommerzienrath B. Jaffe, die Handelskammer wende sich gegen das von der statistischen Zentral-Kommission abgegebene Schema, da beispielsweise bei Getreide höheres Gewicht unter Umständen nicht mit besser Qualität der Ware zusammenfalle. Nachdem noch Herr S. Winiarski sich geäußert, stellt Kaufmann M. Szapóti als Referent den Antrag, die Versammlung möge den Magistrat ersuchen, dahin zu wirken, daß die Notirung und Berechnung der Durchschnitts-Marktpreise dem Magistrat in Gemeinschaft mit der hiesigen Handelskammer vorbehalten bleibe. Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Ueber die Besetzung der Stadtspektorsstelle berichtet Medizinal-Arzt Apotheker Reimann. Danach war in der geheimen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Tage zuvor eine Kommission zur Prüfung des Materials, welches der Versammlung behufs Beurtheilung der Kandidaten für die Stadtspektorsstelle seitens des Magistrats zugegangen war, gewählt worden. Diese Kommission hat sich übereingestimmt, daß von sämtlichen ca. 130 Kandidaten etwa 6 den Vorzug verdienen würden und daß unter diesen der Maurermeister Schmidt zu Schwerin a. B., welchen der Magistrat gewählt habe, jedenfalls eine tüchtige Vorbildung genossen. Indem nun die Kommission von einer weiteren Äußerung über die ganz besondere Qualifikation des Maurermeisters Schmidt Abstand nehmen wolle, beantragte sie, die Versammlung möge sich dahin einverstanden erklären,

den Magistrat zu ersuchen, den Herrn Schmidt zunächst nur auf ein Jahr die Stadtspektorsstelle zu übertragen. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Hieran schloß sich eine geheime Sitzung, in welcher, wie man hört, das Gehalt des Stadtrath Kump von 1500 auf 1700 Thlr. erhöht und dem Stadtspektors Göttsch als Magistrats-Rathgeber eine Funktionszulage von 50 Thlr. gewährt wurde.

Hiermit schloß die Sitzung, die letzte in diesem Jahre, nach 44 stündiger Dauer.

In Breslau starb am 13. d. der f. Oberforstmeister Eduard v. Baillod. Derselbe 1805 geboren, wurde 1830 Forstfiskus-Inspektor bei der Regierung in Königsberg, 1833 Forstfiskus-Inspektor in Gumbinnen, von 1839 bis 1843 verwaltete er die Oberförsterei Jermin, wurde dann Forstfiskus-Inspektor in Königsberg, später in Posen und war seit 1861 Oberforstmeister in Breslau.

Um- und Einparung. Mit höherer Genehmigung sind die Euanatiden in Dembowo-Kolonie, im Kreise Wirsis, welche bisher theils zur Parodie Mroschen gehörten, theils noch nirgends eingeparrt waren, sämtlich zu der evangelischen Kirche in Sadle, Diözes Lobens, um resp. eingeparrt worden.

Personalien. Die Ordination zum geistlichen Amte empfingen durch den f. General-Superintendenten D. Franz zu Posen am 4. Dezember: a) der Rector und Hülfsprediger Starke aus Rheinsberg, Provinz Brandenburg, und b) der Predigamt-Kandidat Ludwig aus Göttsch, Provinz Pommern. Berufen: a) Pfarrer Werner aus Kosen zum Hausgeistlichen der f. Strafanstalt zu Rawitsch; b) Rector und Hülfsprediger Kober aus Birnbaum zum Pfarrverweser in Kosen; c) Hülfsprediger Schiersand aus Trischitz zum Pfarrverweser in Boms; d) Pfarrverweser Kühn in Racot, Diözes Lissa, zum Pfarrer daselbst; e) der sub a. bezeichnete Rector und Hülfsprediger Starke zum Hülfsprediger in Inowracław und f) der sub b. bezeichnete Kandidat Ludwig zum Pfarrverweser in Gombitz, Diözes Schönlane.

Birnbaum, 17. Dezember. [Skandalprozeß.] Gestern kam vor den Schranken des Kriminalgerichts ein Fall zur Verhandlung, der seiner Zeit wegen der dabei beteiligten Personen großes Aufsehen erregte. Der jetzt in Rawitsch amtierende Rechts-Anwalt Krüger fungierte früher als Rechtsbeistand des ehemaligen Rittergutsbesizers Wollmann in Waize in dessen vielen Prozeßen. Zwischen beiden Personen traten später Zerwürfisse ein und Wollmann hatte sich, wie die gestrige Verhandlung ergab, vorgenommen, Herrn Krüger wegen angeblich über ihn ausgebreiteter Verleumdungen zu klagen. Diesen Vorsatz führte Wollmann am 25. April d. J. in dem öffentlichen Neubelischen Gasthause, wo Krüger Abends mit mehreren Herren sich zu einem Spiel niedergelegt hatte, dadurch aus, daß er ihm einen Schlag mit einer Reitpeitsche vertheilte. In Begleitung des Wollmann befand sich der nominelle Besignter von Waize, Lieutenant von Thielens, welcher Herrn Krüger wegen einer von Krüger, angeblich über einen verstorbenen Freund des von Thielens vertheilten Verleumdung, mit der vertheilten Hand einen Schlag derart ins Gesicht vertheilte, daß die Wille sofort zur Erde fiel, aus der Nase Blut floss und das Auge und Wange geschwollen und blau unterlaufen waren. Beide Angeklagte waren im heutigen Audienstermine nicht erschienen. Sie wurden wegen Mißhandlung und Verleumdung in contumaciam und zwar: Wollmann zu 3, von Thielens zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt, dem Rechts-Anwalt Krüger auch die Befugniß zugesprochen,

den Tenor des Erkenntnisses im „Birnbaumer Kreisblatt“, der „Posener Zeitung“ und der „Nord. Allg. Zeitung“ auf Kosten der Verurtheilten veröffentlichen zu lassen.

### Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 17. Dezember. Die Direktion der Nationalbank hat beschlossen, für das zweite Semester dieses Jahres eine Dividende von ca. 3 1/2 Gulden zu vertheilen, was mit der im ersten Semester vertheilten Dividende von 29 Gulden zusammen eine Jahresdividende von 60 1/2 Gulden ergibt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wainer in Posen.

### Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 18. Dez. Der Reichstag erlebte im weiteren Verlaufe der Sitzung die dritte Lesung des Etats und nahm alle Etatspositionen unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung an, ebenso das Seewardegesez, das Nachtragsetat und das eigentliche Etatgesez. Den Rest der Sitzung füllte die zweite Beratung des elsass-lothringischen Etats aus, die Abends fortgesetzt wird. Bismarck erschien gegen zwei Uhr im Hause.

Berlin, 18. Dez. Bei dem gestrigen parlamentarischen Diner bei Bismarck, nach welchem der Kronprinz noch längere Zeit bei Bismarck verblieb, brach sich die Hoffnung für das Verbleiben Bismarcks im Amte Bahn.

Berlin, 18. Dezember. Das Demissionsgesuch des Reichskanzlers war zwar eingereicht, wurde aber nicht angenommen. Die „Nationalzeitung“ berichtet, der Kaiser habe erwidert, Bismarck besitze das volle Vertrauen und könne von den Pflichten, die Regierung des Reichs und Preußens weiterzuführen, nicht entbunden werden. Die „Nationalzeitung“ erwähnt die Möglichkeit des Rücktritts des Justizministers Leonhardt, als dessen Nachfolger der Unterstaatssekretär Friedberg genannt wird.

### Wiener Welt-Ausstellung 1873.

Die höchste und größte Auszeichnung für dieses Fach erhielten bei derselben

### Weil's berühmte Dresch-Maschinen

von der unparteiischsten und gewissenhaftesten Jury, nämlich vom kaiserköniglichen und konsumirenden Publikum, denn für Zweihundertvierzig Tausend Gulden Maschinen wurden von genannter Firma während der Ausstellung verkauft. — Betreffs Auskunft über diese Maschinen wende man sich an die Maschinenfabrik von

Moriz Weil junior

in Frankfurt a. M., Seilerstraße Nr. 2.

Moriz Weil junior

in Wien, Franzensbrünnstraße 13.

### Proclama.

In dem Hypothekenbuche des den **Wirth Valentin und Caroline** geb. Lange, **Katzen** Gehleuten gehörigen Grundstückes Ottrower No. 1 im f. Kreis Magilno standen folgende Posten eingetragen:

A. Abtheilung III, No. 3 auf Grund des durch das Appellations-Erkenntnis vom 28. Juni 1841 bestätigten Erkenntnisses des Land- und Stadtgerichts zu Trzemeszno vom 15. Dezember 1840 eine im Wege der Exekution für den Kaufmann M. G. Lubinski in Wilkowo durch Verfügung vom 19. Oktober 1841 eingetragene Protestation, wegen einer rechtskräftigen Forderung desselben von 150 Thlr. nebst 5 Prozent Zinsen seit dem 10. Juli 1840, welche nach erfolgter Befriedigung von 47 Thlr. 25 Sgr. durch Verfügung vom 18. Januar 1842 in Höhe von 102 Thlr. 5 Sgr. 5 Prozent Zinsen von 150 Thlr. seit dem 10. Juli 1840 in eine reine Hypothek umgeschrieben und dem pp. Lubinski e. u. Hypothekendokument ertheilt worden. Diese Post durch den Vorbesitzer Paul Jutz begabte, ist zur Befriedigung des von Jutz Henrich Kuttner gegen Ersteren erhobenen Anspruchs, ihm gegen Zahlung von 18 Thlr. 2 Bispel Roggen und 1 Bispel Erbsen zu liefern sowie 25 Thlr. Conventionalstrafe zu zahlen auf Grund der Requisition des Prozeßrichters vom 20. August 1844 zufolge Verfügung vom 14. September 1844 mit Arrest belegt worden.

B. Abtheilung III, No. 6 für den Wirthschafts-Inspektor Martin v. Zielinski und den Amtmann Johann Rozmierski auf Grund des Pachtvertrages vom 23. Mai 1844 und der Verhandlung vom 13. September 1844 zufolge Verfügung vom 13. September 1844 eine Ration von 200 Thlr. nebst 5 Prozent Zinsen, welche vom 23. Mai 1844 auf die von den Gläubigern zu zahlenden Pachtgelder abzurechnen, und ist über diese Post ein Hypothekendokument gebildet worden.

Bei der notwendigen Substitution des vorgedachten Grundstücks, ist bei der am 27. Juni c. stattgehabten Kaufgebeilegung die Post ad A. an Kapital, Zinsen und Kosten mit 107 Thlr. 2 Sgr. 10 Pf. und die Post ad B. an Kapital und Zinsen mit 224 Thlr. 25 Sgr. von Amtswegen liquidirt worden und auch zur Hebung gelangt, die betreffenden Beträge sind aber da legitime Empfänger im Termine nicht erschienen, auch die betreffenden Hypothekendoku-

mente nicht beigebracht waren und zwar der Betrag ad A. zur Kaufmann M. G. Lubinski'schen, der ad B. zur v. Zielinski'schen, des f. Kreis Magilno und in gerichtliche Verabreichung genommen worden. Es ergeht hiermit an alle diejenigen, welche an die gedachten Spezial-Massen Ansprüche geltend machen wollen die Aufforderung, dieselben spätestens in dem

am 11. Februar 1875,

um 12 Uhr Mittags

anberaumten Termine, bei Vermüdung der Präsenz bei dem Substitutions-

richter des unterzeichneten Gerichts an-

zumelden.

Trzemeszno, den 3. Dezember 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Substitutions-Richter.

### Dels-Gnesener Eisenbahn.

Die Aktionäre der Dels-Gnesener Eisenbahngesellschaft, welchen die mit den Nummern 3. 13. 17. 20. 27. 29. 36. 39. 50. 51. 54. 55. 56. 60. 65. 68. 69. 70. 71. 78. 79. 91. 92. 93. 95. 97. 98. 103. 104. 112. 113. 116. 117. 123. 125. 133. 135. 137. 143. 151. 154. 158. 159. 161. 168. 172. 174. 175. 176. 178. 180. 186. 188. 206. 211. 212. 213. 217. 218. 219. 220. 222. 223. 225. 226. 229. 230. 235. 237. 244. 245. 246. 249. 252. 253. 254. 262. 263. 278. 290. 298. 299. 300. 303. 313. 332. 366. 369. 370. 376. 379. 381. 385. 386. 391. 392. 393. 394. 399. 400. 408. 416. 426. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 436. 438. 447. 448. 449. 471. 485. 486. 487. bezeichneten Quittungsbogen zugeheilt worden sind, haben die durch die öffentliche Bekanntmachung vom 25. Juli d. J. für die Zeit vom 20. bis 31. August c. ausgeschriebenene Einzahlung der VII. Rate von zehn Prozent auf die von ihnen gezeichneten Stammactien wiederholter besonderer Aufforderung ungeachtet noch immer nicht geleistet.

Dieselben werden hiermit nochmals aufgefordert, die restirenden Einzahlungen nebst Verzugszinsen bei derjenigen Annahmestelle, bei welcher die Einzahlung der früheren Raten erfolgt ist, bis spätestens zum 31. Januar f. J. zu leisten, widrigenfalls gegen die Stammeigenen in Gemäßheit der Bestimmung des § 7 des Gesellschaftsstatuts weiter vorgegangen werden wird.

Breslau, den 30. November 1874.

Der Aufsichtsrath

der Dels-Gnesener Eisenbahn-

Gesellschaft.

gez. Grf. v. Maltzan.

### Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Winiary** unter Nr. 47 A. B. belegene, den **Vincent und Margarethe geb. Michalska** Hyblot'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 7 Hektaren 11 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 27 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 20 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Substitution am

Dienstag

den 2. März 1875,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Kreis-

Gerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 17. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substitutions-Richter.

gez. Kehl.

### Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt **Posen** unter Nr. 433 Altstadt belegene, den **Emilie Wöge'schen** Eheleuten gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 1300 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Substitution am

Dienstag,

den 4. März 1875,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Kreis-

Gerichts versteigert werden.

Posen, den 23. November 1874.

Königliches Kreisgericht.

Der Substitutions-Richter.

gez. Kehl.

Aus freier Hand ist ein **Haus** zu verkaufen. Reflektanten wollen sich Büttelstraße 20 melden.

Ein renommirtes **Restaurations-**

Geschäft, verbunden mit einer gut eingerichteten **Bäckerei** nebst **Mehl-Niederlage**, gelegen im besten Stadttheile, ist umgänglichbar sofort oder vom 1. Mai 1875 zu übernehmen oder zu pachten.

Näheres bei Herrn **Blachowski**, Trzemeszno.

Geld für höhere Beamte u. Offiziere bei fr. Disposition schnell zu haben.

P. Schwerin, i. Breslau, Nicolaistraße 37.

### Nothwendiger Verkauf.

Das im **Altstädter** Kreise belegene **Rittergut Sieroszewice**, dem Rittergutsbesitzer **Michael v. Wiernacki** gehörig, dessen Besitztitel auf den Namen desselben berichtigt steht, und welches mit einem Flächen-Inhalte von 318 Hektaren 52 Aren 10 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 675,21 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 135 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substitution

am 13. Januar 1875,

Nachmittags 3 Uhr,

in loco Sieroszewice versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen das betreffende Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten Königlichen Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 14. Januar 1875,

Vormittags 11 Uhr,

im Terminszimmer Nr. 1 anberaumten Termine öffentlich verhandelt werden.

Ostrowo, den 28. October 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Der Substitutionsrichter.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

**C. Foerster.**

Gr. Ritterstr. 7. Uhrmacher.

Gr. Ritterstr. 7.

cmz fi. lt zum Weihnachtsfeste goldene und silberne Taschenuhren, Regulateure,

Pendulen, Nachtuhren, Pariser Wecker, Wanduhren u. Musikanten, Uhrenketten in Gold, Silber u. La mi-Gold. Goldwaaren als: Medaillons, Ringe, Kreuzchen, Broques, Uhrketten, Schlüssel etc.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

Sehr große Auswahl, reelle Garantie, billige Weihnachtspreise. Atelier für Uhrenreparaturen.

### Sprzedaz konieczna

Dobra ryckie Sieroszewice w powiecie Odolanowskim położone, do własności dóbr ryckie Michaela Biernackiego należące, których tytuł własności na imię tegoż jest zapisany i które z objętości 318 hektarów 52 arów 10 łasek kwadratowych opłacie podatku gruntowego ulega, podług ustalonego czystego przychodu na podatek z gruntu na 675,21 tal. i na podatek budynkowy z wartości użytku na 135 tal. są podane, mają być drogą subastacji koniecznej

dnia 13. Stycznia 1875 r.

popoł. o godzinie 3.

na miejscu w Sieroszewicach sprzedane.

Wypis rejestru podatkowego, wiarygodny odpis z księgi gruntowej i wszystkie inne wiadomości dotyczące tejże nieruchomości, jako też szczegółowe warunki sprzedaży, przez interesentów już stawione lub jeszcze stawić się mające, przejrane być mogą w 3. biurze podpisanego krolewskiego sądu powiatowego podczas zwyczajnych godzin służbowych.

Osoby, które chcą rościć do powyżej opisanej nieruchomości prawa własności lub nie zahipotekowane prawa realne, do których skuteczności przeciw trzecim osobom jest atoli podług prawa potrzebne zainstalowanie w księdze hipotecznej, wywają się niniejszem, aby swe pretensje najpóźniej w powyższym terminie licytacyjnym zapowiedziały.

Uchwała co do udzielenia publicznie ogłoszonej zostanie w terminie wyznaczonym na

dnia 14. Stycznia 1875 r.

przedpoł. o godzinie 11

w izbie terminowej Nr. 1.

Ostrowo, d. 28. Października 1874.

Królewski Sąd Powiatowy.

Wydział pierwszy.

Sędzia dla spraw subastacyjnych.

### Bekanntmachung.

Am 29. December c.,

von Morgens 10 Uhr ab,

sollen in dem Vorhofe der hiesigen Strafanstalt verschiedene Gegenstände,

als:

250 Kilogramm Gusseisen,

650 do. Schmiedeeisen,

200 do. Kinfleisch,

100 do. Eisenblech,

5 do. Stahl,

950 do. Knochen,

800 do. graueleiene Lumpen,

50 do. weisseleiene Lumpen,

100 do. Tüchlumpen,

70 Stück Petroleumtonnen, und

8 Stück Heringstonnen

meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Rawitsch, den 18. Dezember 1874.

Königliche Direktion der

Straf-Anstalt.

### „Process Arnim“

Die **Bertheidigungs-**

reden des **Prof. Dr. v. Hol-**

**tzendorf**, der Rechtsanwält

**Dockhorn** und **Munckel**

erscheinen nach den **Stenogra-**

**phischen** Berichten im Verlage

von

**L. Raub, Berlin S. W.**

Wilhelmstraße 144A., zum Preise

von 3 Sgr. Gegen franco Ein-

sendung von 3 1/2 Sgr. sendet

die **Verlagsbandlung** sowie

jede **Buchhandlung**

Exemplar derselben franco.

(H 15499)

### Wollhändler,

die ein Woll-Commissions-Ge-

schäft. bedeutende Fabrikations-

stark Nieder-Laufst. Ihre Ver-

treterung anvertrauen wollen,

belieben Offerten sub B. 800

in der Exp. d. Btg. niederzul-

bedarfs: Tuchwollen, Prima-

Referenzen.

(Beilage.)







**Richard Fischer.**

Hofverwalter bei 100 bis 200 Gehalt u. fr. Station.

Wilmannsplatz No. 4,  
können von Neujahr eine tüchtige  
Bugmacherin beschäftigen.

**Heute Wurstabendbrod bei  
Z. Poser, Friedrichstr. 18.**

Neue frische Wurst und  
Flasch im Rathskeller.